

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

KANTONE Frühlingswahlen

Der Erfolg kommt zurück

Herzliche Gratulation allen Kantonalparteien und allen gewählten Persönlichkeiten, welche in diesem Frühjahr in den Wahlen standen oder noch stehen. Es gibt einige Erfolge zu verzeichnen und noch einige zu erringen:

■ Die Sensation schaffte wohl die FDP St. Gallen: Mit dem Gewinn eines zusätzlichen, dritten Regierungssitzes im ersten Wahlgang hat sie alle überrascht. Chapeau!

■ Die FDP Uri trotzte dem vermeintlichen Trend, legte im Kantonsparlament zwei Sitze zu und verteidigte ihre zwei Regierungssitze souverän. Allenfalls kommt in Nachwahlen (Majorz) ein weiterer Parlamentssitz hinzu.

■ Die FDP Thurgau verteidigte ihren Regierungssitz gut. Hier wünschen wir weiteren Aufschwung in den Parlamentswahlen.

■ Der Regierungsratskandidat der FDP Aargau hat alle Konkurrenten so stark distanziert, dass keiner der Chancenreichen zum zweiten Wahlgang antreten mochte.

■ Im Freiburger Verfassungsrat konnte die FDP gegenüber der Sitzzahl in der kantonalen Legislative klar zulegen.

■ Im Kanton Schwyz hat man dem SVP-Ansturm weitgehend getrotzt, und es



Beispiel St. Gallen: Dank einem eigenständigen Kurs, einheitlichem Auftritt, starken Persönlichkeiten und einem riesigen Engagement aller bis zuletzt gelang es der FDP, auf Anhieb drei Sitze in der kantonalen Regierung zu erobern! Und das bei einem Legislativ-Wähleranteil von 17-22 Prozent! Der «Freisinn» gratuliert Willi Haag, Karin Keller-Sutter und Hans Ulrich Stöckli herzlich.

bestehen intakte Chancen zur Besetzung von zwei Regierungsratssitzen.

Wir danken in erster Linie den betreffenden Kantonalparteien und den ausgezeichneten Persönlichkeiten, welche sich für unsere Partei nach wie vor zur Verfügung stellen.

Wir dürfen uns aber von diesen ersten Frühlingsboten nicht blenden lassen. Die Parteiarbeit muss mit Volldampf weitergetrieben

werden. Wir wollen die bürgerliche Erneuerung umsetzen. Wir wollen unseren Wählerinnen und Wählern jeden Tag zeigen, dass wir sie und ihre Anliegen ernst nehmen und unsere Taten unseren Worten entsprechen. ■

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Der Kommentar zu den Abstimmungsergebnissen vom 12. März auf Seite **6**
- Die Steuerpolitik der FDP auf den Seiten **7 UND 12**
- Die Stellungnahme zur Bewaffnung der Schweizer Soldaten im Auslandseinsatz auf Seite **11**
- Ein neuer Wettbewerb auf Seite **17**



Auf nach Pfäffikon (SZ)!

Am Freitag/Samstag, 7./8. April 2000, findet im Hotel Seedamm-Plaza in Pfäffikon (SZ) die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz statt. Neuwahlen der Parteigremien, die Bildungspolitik sowie die Bilateralen stehen an.

Alle FDP-Mitglieder und Interessierten sind herzlich eingeladen.

Weitere Infos und den Anmeldebogen finden Sie in diesem «Freisinn» auf Seite 5.

Landesbibliothek
Haltwylstrasse 15
3003 Bern

10563

ZUR POSITIONIERUNG ◉ *Liberaler Politik in Zeiten der Unsicherheit*

Der Wachstumsmarkt der Freisinnigen

Von der Verunsicherung profitieren einfache politische Rezepte und ihre Verkünder. Die Glorifizierer der Vergangenheit zur Linken und zur Rechten gleichen sich, der Ruf nach starker politischer Führung ist aber keine echte Alternative zur direkten Demokratie.

VON MARKUS SEILER,
PERSÖNLICHER
MITARBEITER
CHEF EFD, SPIEZ (BE)



Markus Seiler: «Die Ignoranten unseres Systems glauben, in der Schweiz reime sich Politik auf «Befehl»» (Bild: ruti)

Wandel überfordert. Was gestern richtig war, ist heute falsch. Gesicherte Besitzstände gibt es keine mehr, dafür haufenweise neue Chancen: So machen neue Internetfirmen ihre Angebotsstellen in kurzer Zeit zu Millionären. Und 16jährige handeln online an der Börse mit dem Göttibatzen. Sie nennen sich «Daytraders». Einige haben Glück, machen Millionen und werden den Rest ihres Lebens an Parties verbringen. Die anderen werden zwei, drei oder noch mehr andere Berufe erlernen müssen in ihrem künftigen Arbeitsleben.

Wenige in der Schweiz sind arbeitslos, aber viele haben Angst, es zu werden. Die Informationsflut ist nicht mehr bewältigbar. «Switzerland-bashing» hat die Weltkriegsgeneration verletzt und alle Generationen verärgert. Das alles führt zu Verunsicherung. Wer verunsichert ist, sucht Halt bei Führerfiguren und ihren einfachen Rezepten für eine heile Welt. Die Anbieter sol-

cher Welten haben zurzeit Hochkonjunktur. Heile Welten sind einfache Welten, Märchenwelten. Die Realität aber ist komplex, oft widersprüchlich. Wer das verschweigt, betreibt politische Scharlatanerie.

Die Bremser links und rechts gleichen sich

Von der verbreiteten Verunsicherung profitieren zwei politische Kräfte, die nur auf den ersten Blick gegensätzlich sind: Da sind jene, welche eine als realistisch verkaufte Welt von gestern propagieren. Das Lieblingswort ihrer einfachen Welt heisst «Nein». Und dann gibt es jene, die mit zu Leerformeln verkommenen Schlagworten wie Solidarität und Gerechtigkeit die Entfaltungsmöglichkeiten und Freiheit des Individuums immer weiter verreglementieren. Ihr Lieblingswort heisst «Staat».

Beide Kräfte gleichen sich, weil sie die Vergangenheit glorifizieren und der Zukunft misstrauen. Sie sind ängstliche Bremser und Pessimisten, die wollen, dass al-

les so bleibt, wie es war, obwohl es gar nie so war, wie sie behaupten. Sie wissen nicht: In einer Welt, wo sich alles bewegt, ist Nichtstun der grösste Fehler: Man verliert, ohne es überhaupt versucht zu haben.

Unsicherheit ist nichts Neues. Die Zukunft war noch nie voraussehbar. Wir müssen aber (wieder) lernen, Ungewissheit und auch die damit einhergehende Verunsicherung zu akzeptieren. Und wir müssen versuchen, das Positive in der Veränderung zu sehen. Das können wir von den USA lernen. Die Chancen zu packen, statt die Risiken zu fürchten. Das hiesse: Über die neugeschaffenen Stellen reden statt über den Abbau. Sich über die expandierenden Firmen freuen statt die Serbelnden beklagen. Offen sein für das Neue und Selbstvertrauen haben in unsere eigenen Fähigkeiten.

Liberaler Lösungen für die politischen Herausforderungen

Die Schweiz muss wieder dauerhaft in der Spitzen-

gruppe der globalisierten Welt mitspielen können. Sie muss allen Beschäftigten zukunftsträchtige und existenzsichernde Arbeitsplätze anbieten können. Es sollen sich in unserem Land alle so frei, wohl und sicher fühlen, dass sie nirgendwo lieber leben wollten. Das heisst: Gesunde Staatsfinanzen, tiefe Steuerquote, effiziente Staatsleistungen. Neue Freizeiträume für Kreativität, Innovation und Wahrnehmung von Eigenverantwortung durch Rückzug des Staates. Konsolidierung der grossen Sozialwerke. Ratifikation und Umsetzung der bilateralen Verträge.

Nötig ist der kontroverse Dialog, die harte, aber faire Auseinandersetzung, die Suche nach dem Konsens und dem lösungsorientierten und mehrheitsfähigen Kompromiss. Die politischen Prozesse in der direkten Demokratie und die Konkordanz sind langwierig und kräftezehrend. Darum der Ruf nach starker politischer Führung. Auch er kommt von zwei Seiten: Von Ignoranten unseres politischen Systems und von den Lobbyisten. Die Ignoranten glauben, in der Schweiz reime sich Politik auf «Befehl». Sie erkennen nicht, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vom Volk beschlossen werden. Die Vertreter der Partikularinteressen wissen um diese Tatsache. Allein, sie scheuen die Transparenz der öffentlichen Auseinandersetzung.

Die direkte Demokratie produziert Entscheide mit höchster Legitimation und

ZUM THEMA

Einige haben Glück, machen Millionen und werden den Rest ihres Lebens an Parties verbringen. Die anderen werden zwei, drei oder noch mehr andere Berufe erlernen müssen in ihrem künftigen Arbeitsleben.

In einer Welt, wo sich alles bewegt, ist Nichtstun der grösste Fehler: Man verliert, ohne es überhaupt versucht zu haben.

Der Markt für konstruktive Mitarbeit und Verantwortung existiert nach wie vor. Es ist der Markt der Freisinnigen.

Akzeptanz. Sie ist politisch und wirtschaftlich effizient, wie jüngste Studien zeigen. Kurz: Die direkte Demokratie hat Zukunft.

Kein Mitmachen beim «diabolischen Doppelspiel»

Der Erfolg des Doppelspiels zu links und rechts führt die FDP in die stete Versuchung. Ihr ist zu widerstehen. Jemand muss auch in Zukunft Verantwortung übernehmen und dafür geradestehen. Der Markt für konstruktive Mitarbeit und Verantwortung existiert nach wie vor. Es ist der Markt der Freisinnigen. Wer diesen Markt bearbeitet, hat es zwar schwerer als die anderen. Aber es ist ein langfristiger Wachstumsmarkt. Und er steht auf solidem Fundament.

VORSTELLUNG  Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who? – Teil 4

Johann Niklaus Schneider-Ammann

Geburtsdatum: 18. Februar 1952

Bürgerort: Hasle b. Burgdorf

Zivilstand: verheiratet

Kinder: 2 (1979, 1981)

Konfession: protestantisch

Militär: Oberstlt i Gst

Hobbies: Alpinismus, Ski, Orientierungslauf, geschichtliche Literatur, schöne Musik

Ausbildung

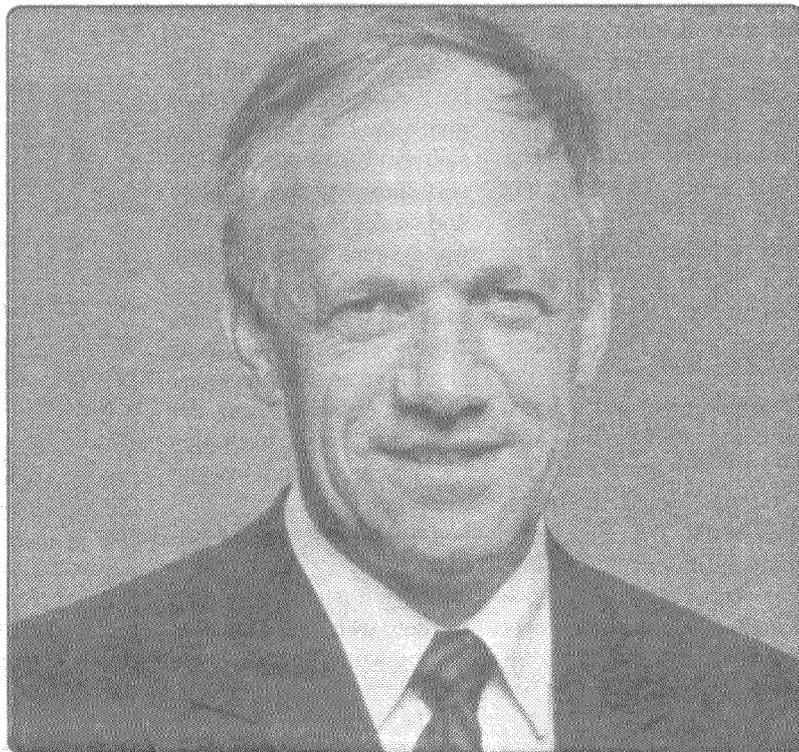
- Primarschule Affoltern i. E.
- Sekundarschule Sumiswald
- Gymnasium Langenthal
- ETH Zürich
- Ecole internationale des affaires d'administration
- INSEAD, Fontainebleau/Paris
- Diplom ETHZ 1977
- Diplom INSEAD 1983

Gegenwärtige Tätigkeit

- Vorsitzender der Gruppenleitung Ammann-Unternehmungen Langenthal
- Präsident und Delegierter der Ammann-Holding und der Ammann-Betriebsgesellschaften

Organisationen/Verbände/Institutionen

- Präsident Swissmem
- Vorstand Schweiz. Handelskammer
- Vorstand wf
- Vorstandsausschuss Schweiz. Arbeitgeberverband
- Vorstand HIV des Kantons Bern
- Vorstand volkswirtschaftliche Gesellschaft der Vereinigung Schweizer Unternehmen in Deutschland
- Div. VR-Mandate (u. a. Mikron, Swatch)



Jean-Claude Cornu

Date de naissance: 1^{er} avril 1956

Commune d'origine: Romont

Etat-civil: marié

Enfants: 2 (1993, 1995)

Konfession: catholique

Hobbies: Famille, sports, lecture, informatique, événements associatifs et culturels

Carrière professionnelle

- Ecole primaire à Romont
- Ecole secondaire au Pensionnat St-Charles à romont
- Ecole supérieure au Collège St-Michel à Fribourg
- Etudes de lettres Université de Fribourg
- Etudes d'anglais School of the Swiss Mercantile Society à Londres
- Etudes de droit Université de Fribourg
- Etudes du 3^e cycle en vue l'obtention du diplôme de Master of Law au Hebert Law Center, Louisiana State University Baton Rouge

- Maturité fédérale de type C
- Certificat of Proficiency in English Université de Cambridge
- Licence en droit Université de Fribourg
- Master of Law (LLM) Louisiana State University Baton Rouge

Activité actuelle

- Préfet du district de la Glâne

Carrière politique

- Préfet du district de la Glâne depuis 1994

Organisationen/Institutionen d'importance cantonale et fédérale

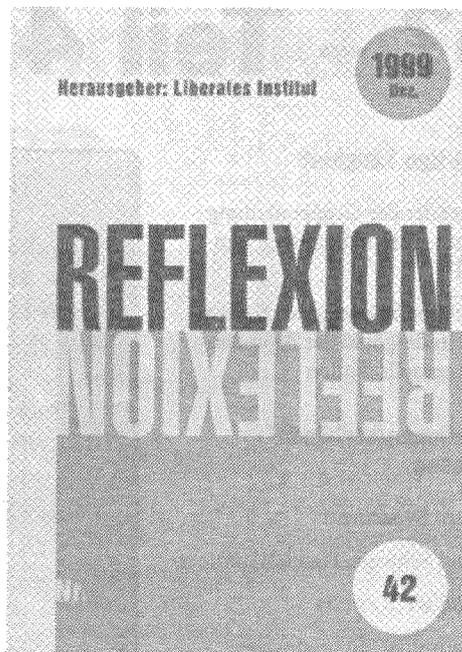
- Association des Amis de la Fille-Dieu (membre du comité)
- Club PME-PMI de la Glâne (Co-Fondateur et membre du comité)
- Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées et IMC (membre du comité de fondation)
- Mouvement Enfance et Foyers (membre du comité)

Wider die Umverteilungskatastrophe

Es gibt gute Gründe, das politische System, das Gewalt ausüben darf und muss, vom ökonomischen System und vom sozio-kulturellen System klar zu trennen. Es sollen nicht dieselben Organisationen lehren, schenken, besteuern, umverteilen und strafen. Hilfe und Unterstützung sind etwas Ambivalentes. Sie verleihen dem Helfenden Macht und entmündigen oft denjenigen, dem geholfen wird. Das Problem wird verschärft, wenn der Helfende nicht mit eigenen Mitteln, sondern mit Mitteln, die ihm kraft seiner politischen Macht zustehen, das heisst mit Steuergeldern, hilft und unterstützt. Es entsteht eine neue Klasse, welche ihre Macht auf Steuerhoheit und Umverteilungsmacht abstützt und sich dafür in einer Demokratie die notwendigen Mehrheiten immer wieder neu erkaufte. Dass ein solches System, bei dem im-

mer grössere Mehrheiten zulasten von immer kleineren Minderheiten leben wollen, nicht zukunftstauglich ist, leuchtet ohne weiteres ein.

Eigentlich erübrigt sich bei diesem Befund die ökonomische Fragestellung, ob sich ein aufwendiges Umverteilungssystem lohne und ob der Nutzen den Aufwand rechtfertige, denn was nicht funktioniert, zahlt sich auch nicht aus. Aber – wie so oft – ist auch hier die ökonomische Frage «Lohnt es sich?» mit der ethischen Frage nach den Folgen eines Handelns und Verhaltens verknüpft. Gehen wir einmal von der Annahme aus, es könnten wirklich Systeme gefunden werden, welche die Umverteilung wunschgemäss zum Funktionieren bringen. Wären damit die Probleme gelöst? Vielleicht hat meine bisherige Argumentation den Eindruck erweckt, es gehe mir vor allem um die



weigerer der Solidarität. Nichts liegt ferner. Meine Beobachtungen und Feststellungen über die politischen und sozialen Kosten der Umverteilung in einer Demokratie münden in die pessimistische, aber begründete Voraussage eines finanziellen und

Ein Zusammenbruch des Rentensystems und der gesamten Staatsfinanzen trifft aber die sozial Schwächsten nachweisbar am härtesten. Die Reichen können sich immer international und global neu arrangieren. Die obere Mittelschicht bringt zwar das grösste Opfer, aber ihre Angehörigen sind auf Grund ihrer Ausbildung und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Lage, längere Durststrecken durchzustehen, selbst wenn das «sozialstaatliche Manna» nicht mehr vom Himmel fällt. Die Hauptlast eines unkontrollierten Transformationsprozesses tragen immer die Armen und Ärmsten.

Schonung der Reichen und der «oberen Mittelklasse», und ich sei einfach ein typischer Vertreter einer konservativen bürgerlichen Interessenpolitik mit einem etwas schwach ausgebildeten Mitgefühl für sozial Schwache, ein Demonteur des Sozialen und ein Ver-

politischen Systemzusammenbruchs, der sich entweder dramatisch oder in kleinen Schritten abspielen kann, wenn dies nicht durch eine grundlegende Reform des öffentlichen Finanzsystems, d. h. der Steuern und der Renten, verhindert wird.

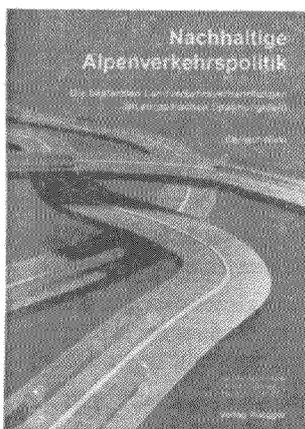
Jede politische und wirtschaftliche Massnahme, welche einen «geordneten Rückzug» aus einem Fehlsystem beabsichtigt, ist also im besten Sinn sozial, auch wenn sie für grössere Gruppen zunächst mit einem Abbau von «Wohltaten» der Umverteilung verbunden sind. Wer staatliche Umverteilung reduziert, reduziert die Gruppe der total Systemabhängigen – mit gutem Grund könnte man auch von «Systemsüchtigen» reden – und ermöglicht dem Gesamtsystem, den wirklich Bedürftigen dauerhaft zu helfen. Was von der immer grösser werdenden Gruppe der nicht wirklich hilfsbedürftigen Staatsklienten und von gutbezahlten Funktionären des Umverteilungsapparats als «Sozialabbau» kritisiert wird, ist der wirklich soziale Weg zu einer dauerhaft möglichen Hilfe an die kleine Gruppe der Bedürftigsten.

Editorial von Robert Nef. Aus: Liberales Institut (Hrsg.): Reflexion Nr. 42, Dez. 1999, Zürich.

Christof Wicki: Nachhaltige Alpenverkehrspolitik. Verlag Rüegger, Chur 1999, ca. 240 Seiten. ISBN 3 7253 0662 1.

Nachhaltige Verkehrspolitik

Die europäische Verkehrspolitik steht vor zukunftsweisenden Herausforderungen. Im Raum steht immer mehr das Ziel einer nachhaltigen Mobilität. Ursache und Motiv dieser neusten Entwicklung gehen auf die stetig wachsenden Mobilitätsbedürfnisse zurück.



Der Güterverkehr nimmt dabei im Zusammenhang mit der Öffnung regionaler und globaler Märkte eine immer gewichtigere Rolle ein. Er ist heute Gegenstand von politischen Prozessen, die international koordinierte Lösungen verlangen. Die nationalen Individualinteressen werden durch diese neuen Aufgaben künftig in den Hintergrund gedrängt. Die Schweiz als Transitland und Nichtmitglied der EU wird dabei nicht abseits stehen können.

Die Publikation befasst sich mit den bilateralen Landverkehrsverhandlungen, die von 1993 bis 1998 zwischen der Schweiz und der EG stattfanden. Im Mittelpunkt steht die Suche ei-

nes Weges zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Ausgehend von den verkehrspolitischen Rahmenbedingungen der Schweiz und der EG seit den 80er Jahren wird herauskristallisiert, welche Eckpfeiler den dynamischen Annäherungsprozess prägten, der letztlich im Landverkehrsabkommen mündete.

Die Studie bedient sich der Methode der Politik-Netzwerk-Analyse. Damit gelingt es, den Fokus auf diejenigen Akteure zu legen, die im Verhandlungsprozess direkt oder indirekt entscheidend beteiligt waren. Im Vordergrund der Analysen stehen ihre Interessen, Strategien und Beziehungen untereinander.

Es wird gezeigt, welche Akteure im politischen Prozess in welchen Verhandlungsphasen massgebende Akzente zu setzen vermochten. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage, welche Rolle staatliche beziehungsweise nicht-staatliche Akteure spielten. Es wird ein besonderes Augenmerk auf die Macht- und Entscheidungszentren im Politik-Netzwerk gelegt. Im speziellen wird dem Themenkomplex nachgegangen, inwieweit nicht-staatliche Organisationen in der Lage sind, den staatlichen Politikformulierungsprozess zu beeinflussen.

PROGRAMM

Bildungspolitik

Freitag, 7. April 2000

16.15 **Ordentliche Delegiertenversammlung**
(1. Teil)
(Kongresszentrum Seedamm-Plaza)

Eröffnungsansprache durch den
Parteipräsidenten Nationalrat
Franz Steinegger, Flüelen (UR)

Statutarische Geschäfte:

- Jahresberichte
- Wahl der Geschäftsleitung und des
Parteipräsidiums
- Wahl der Schiedskommission

Bildungspolitik

Vorstellung des Positionspapiers «Bildung»
durch SR **Christiane Langenberger** (VD)
und NR **Peter Kofmel** (SO)

Arbeitsgruppen zu bildungspolitischen
Themen

19.30 Apéritif und Bankett

Bilaterale Verträge

Samstag, 8. April 2000

9.00 **Ordentliche Delegiertenversammlung**
(2. Teil)

Podiumsdiskussion zur Thematik
«Gewalt an den Schulen»

- mit Vertretern folgender Gremien:
- Regierungsrat (Erziehungsdirektor)
 - Schweizerischer Lehrerverband
 - Ausländervereinigungen
 - Elternverbände
 - Realschulen
 - Jugendliche

Anschliessend Detailberatung und Verabschie-
dung des Positionspapiers «Bildung»

Bilaterale Verträge Schweiz - EU

Arena mit:

- Pro: SR **Michèle Berger-Wildhaber**, NE
- Pro: NR **Maya Lalive d'Epinay**, SZ
- Contra: NR **Bernhard Hess**, SD, BE
- Contra: NR **Josef Kunz**, SVP, LU

Gesprächsleitung: SR **Christine Beerli**, BE

Referat von Bundesrat **Pascal Couchepin**,
Chef EVD

Schlussevent

12.15 Apéritif

7./8. APRIL 2000 ◉ Ordentliche DV in Pfäffikon (SZ)

Wahlen, Bildung und Bilaterale

Die FDP Schweiz lädt alle Interessierten ein, an der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung im Hotel Seedamm-Plaza in Pfäffikon (SZ) teilzunehmen. Für Spannung ist gesorgt: Die Wahlen für die neue Amtsdauer stehen an, die bildungspolitischen Leitlinien sowie die bilateralen Abkommen.

GUS. Bei Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, ob Nationalrat Franz Steinegger für eine weitere Amtsdauer als Parteipräsident antreten wird oder nicht. Hingegen ist bereits klar, dass es zu einigen Neuwahlen in die Geschäftsleitung kommen wird.

Unser Bildungssystem – einst von Freisinnigen aufgebaut – steckt in umfassenden Reformen. Zeit auch für die FDP, sich erneut mit der wichtigsten Ressource der Schweiz,

dem Wissen und dem Aufbau von Wissen, zu beschäftigen.

Die bilateralen Abkommen: Wie lange musste die Schweiz darauf warten, endlich ein wirtschaftlich geregeltes Verhältnis zur Europäischen Union zu erreichen. Jetzt kommen die Abkommen vors Volk, weil ein Referendum zustande gekommen ist. Grund genug, sich noch einmal damit zu beschäftigen und ein klares Signal der verantwortlichen Kräfte auszusenden. ■

Bedeutung der Bildung für die FDP

Bildung und Forschung sind für die FDP seit ihrer Gründung zentrale Aufgaben des Staates. Die Wettbewerbsfähigkeit in einem weitgehend globalisierten Umfeld hängt künftig wesentlich von der Förderung der Bildung und Forschung ab. Zugleich ermöglicht ein hohes Bildungsniveau jeder Bürgerin und jedem Bürger ei-

nen hohen Lebensstandard und eine aktive politische Mitwirkung. Die Bildung trägt zum notwendigen Verständnis zwischen Kulturen und Regionen bei und sichert dadurch den nationalen Zusammenhalt.

Im liberalen Verständnis stützt sich die Bildungspolitik auf drei Säulen: Eigenverantwortung, Effizienz und Solidarität.

Anmeldetalon

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung im «Seedamm-Plaza» in Pfäffikon (SZ) sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich so rasch wie möglich an:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Teilnahme am: Freitag, 7. April 2000 Samstag, 8. April 2000

Ich reserviere ein Einzelzimmer im Hotel

Wir reservieren ein Doppelzimmer im Hotel

Die Bestätigung erfolgt direkt durch das Hotel Seedamm-Plaza.

Datum/Unterschrift: _____

Einsenden, faxen oder e-mailen an FDP Schweiz, DV Pfäffikon, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

DENNER-INITIATIVE  *Sieg der Schweizer Demokratie*

FDP hoch erfreut über Abstimmungsergebnisse

Die FDP ist hoch erfreut über die Ergebnisse des Abstimmungssonntags 12. März. Der Kurs der bürgerlichen Erneuerung der FDP wurde vom Volk einmal mehr sehr deutlich bestätigt.

worter des Begehrens es mit dem Respekt vor dem Volk ernst meinen, entsorgen sie die noch wesentlich extremere Maulkorbinitiative (sechs Monate) jetzt beschleunigt.

Erneute Absage an Totalverbote: Das fundamentalistische Verbot der Fortpflanzungsmedizin hat deutlich Schiffbruch erlitten. Die Initiative hätte medizinische Fortpflanzungshilfen verboten, die seit mehr als dreissig Jahren erfolgreich angewendet werden. Die Eigenverantwortung ungewollt kinderloser Paare, wie sie mit der Kinderlosigkeit umgehen möchten, wäre massiv eingeschränkt worden.

Das illusorische Vorhaben der Verkehrshalbierung fand die verdiente Abfuhr in

der Volksabstimmung. Die Beschneidung der persönlichen Bewegungsfreiheit wurde zurecht als unzumutbar erkannt. Die wirtschafts- und bürgerfeindliche Vorlage wirft aber ein Schlaglicht auf die Strassenverkehrspolitik: Hier muss der Fokus in den

nächsten Jahren neben der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes auf die Behebung von Engpässen gerichtet werden.

Obligatorische Quoten sind ein überholtes Mittel aus vergangenen Zeiten und schränken das demokratische Wahlrecht in unzuläs-

siger Weise ein. Die politischen Parteien sind gefordert, freiwillig und von sich aus Massnahmen zu ergreifen, welche die echte Gleichstellung fördern. Die FDP hat diese Arbeit bereits 1992 erfolgreich in Angriff genommen: Heute sind sieben freisinnige Ständerätinnen und vierzehn freisinnige Regierungsrätinnen gewählt, so viele wie bei keiner anderen Partei. Acht Frauen haben ein freisinniges Mandat im Nationalrat inne.

Das deutliche Ja zur Justizreform ebnet hoffentlich den Weg zu weitergehenden, echten Reformen.

Das Schweizer Volk hat Reife bewiesen. Die deutliche Ablehnung der Denner-Initiative ist ein Sieg der Schweizer Demokratie und eine Absage an die Schreihals- und Hauruckpolitik. Auch flächendeckende Beamten- und Behördenbeleidigungs-Kampagnen erreichten ihr Ziel nicht. Die drohende Schwächung des Initiativrechts konnte damit erfolgreich verhindert werden. Wenn die Befür-

Die FDP vertritt die Volksmeinung von A-Z

Vorlage	Volksentscheid	FDP	Im Vergleich: die andern Parteien	
			SP	SVP
Denner-Initiative (Beschleunigung)	70% Nein	Nein	Nein	Ja
Verbot der Fortpflanzungsmedizin	72% Nein	Nein	Nein	Nein
Verkehrshalbierung	79% Nein	Nein	Ja	Nein
Frauenquoten	82% Nein	Nein	Ja	Nein
Justizreform	86% Ja	Ja	Ja	Ja
Übereinstimmung mit dem Volk		100%	60%	80%

Stoppt die Schreihalspolitik – FDP für nüchterne AHV-Politik

Die auf Polarisierung zielenden Schreihalsparolen von SP und SVP in der Sozialpolitik führen ins Absurde. Weder die Realitätsverweigerung der einen Partei noch die Abbruchpolitik der andern wird die AHV tatsächlich sichern. Die FDP fordert eine nüchterne AHV-Politik, welche die Renten unserer Betagten für heute und morgen sichert, aber nicht auf dem Buckel der kommenden Generationen.

Die unglaubliche Schreihalspolitik der SP-Parteien treibt sonderbare Blüten: Die SVP wechselt ihre bisherigen Wahlversprechen radikal zugunsten von AHV-Abbruchparolen aus. Die SP will den Alters-

aufbau der Bevölkerung partout nicht zur Kenntnis nehmen und erfindet laufend neue Steuern, welche den kommenden Generationen noch aufgehalst werden könnten. Panikmache und Realitätsverweigerung

bringen die notwendige Diskussion um die nachhaltige Sicherung der Finanzierung der Sozialwerke aber nicht weiter.

Die FDP hat ihre Vorsorgepolitik bereits am Zuger Parteitag im August 1997 auf den Tisch gelegt: Es geht darum, die Renten mit einem Zeithorizont von 2025 zu sichern. Dazu braucht es Leistungskorrekturen und ein Minimum an Mehreinnahmen. Zur Bekämpfung der bundesrätlichen Ausbau-Salamitaktik fordert die FDP seit Jahren

einen fassbaren, konkreten und mit verlässlichen Zahlen bezifferten Sanierungsplan des Bundesrates für den gesamten Sozialbereich.

Die FDP-Fraktion hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Thesen zur Sozialpolitik für die 11. AHV-Revision konkretisieren und wie bereits angekündigt im Vorfeld der parlamentarischen Beratung der Öffentlichkeit präsentieren wird. Geprüft werden dabei das Modell der sanften Pensionierung

(flexibel 62/68) sowie Belastungs-Globalbudgets für die Sozialpolitik. Die Ausgestaltung der Leistungen wird in diesem Modell erst nach der Festlegung der zulässigen Gesamtbelastung vorgenommen. Diese Summe müsste vernünftige Leistungen bei einer tragbaren Beitragsleistung der einzahlenden Generation ermöglichen. Ein solches System würde zum dringend notwendigen Kostenbewusstsein beitragen und zur Gesamtschau zwingen.

VOLKSINITIATIVE  Steuerstopp ist vordringlich

Während mindestens sieben Jahren keine neuen Steuern

Die Anliegen der Initiative sind aber aktueller denn je, denn die Steuerbelastung hat auch im Jahre 1999 wieder zugenommen: Die Schweiz braucht deshalb für mindestens sieben Jahre ein Moratorium für Steuern und Abgaben auf Bundesebene.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
HELEN LEUMANN,
MEGEN (LU)

In Steuerfragen hat die FDP eine konsequente Linie verfolgt. Wir haben keine neuen Steuerbelastungen akzeptiert, mit zwei Ausnahmen:

1. die Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs
2. das eine AHV-Mehrwertsteuerprozent, das bereits in Kraft ist.

Trotzdem und gegen den Willen der FDP hat das Parlament wiederum Mehreinnahmen beschlossen, weshalb die Steuerbelastung in unserem Land weiter gewachsen ist.

Das eigentliche Problem liegt im Verlauf der Fiskalquote (sie misst das Verhältnis aller von natürlichen und juristischen Personen bezahlten Steuern, Abgaben zur gesamten Wirtschaftskraft eines Landes), die in den letzten Jahren massiv angestiegen ist. Diese Entwicklung wollen wir bremsen.

Neuverschuldung im Griff, Steuerlast noch nicht

Zwar ist es unter Führung von Bundesrat Kaspar Villiger gelungen, die Haushaltssanierung auf Bundesebene in Griffweite zu rücken. Die Neuverschuldung des Bundes wird damit gebremst. Leider war dies bisher aber nicht eine ausgabenseitige Sanierung. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass die Sanierung nicht weiter auf Kosten der Steuerzahler passiert.

Während mindestens sieben Jahren sollen keine neuen, zusätzlichen Steuern und Abgaben erhoben werden. Das Steuersubstrat soll in ein zu bestimmendes Ver-



FDP-Ständerätin Helen Leumann: «Steuerstoppinitiative zeigt nicht zu unterschätzende politische Wirkung.» (Bild senn & stahl)

hältnis zur Wirtschaftskraft der Schweiz (Bruttoinlandprodukt BIP) gesetzt werden und nur in diesem Rahmen wachsen.

Wie funktioniert die Initiative?

Absatz 1 verlangt, dass bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben und andere Abgaben nur erhöht werden dürfen, wenn andere Steuern oder Abgaben gesenkt werden. Denkbar wäre z. B. eine Senkung der Lohnnebenkosten. Ein allfälliger Umbau des Steuersystems wäre weiterhin möglich.

Absatz 2 soll dafür sorgen, dass der Steuerstopp wirklich greift, denn ohne Verfassungsgerichtsbarkeit kann das Parlament entgegen der Verfassungsbestimmung neue Abgaben oder Steuererhöhungen beschliessen.

Wird nach Inkrafttreten der Initiative der im Durchschnitt zweier Jahre erreichte Anteil an Steuern oder Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, so muss im zweiten darauffolgenden Jahr der Umfang der

Überschreitung zurückerstattet werden. Dabei soll die eine Hälfte zur Senkung der direkten Bundessteuer, die andere Hälfte zur Erhöhung des Bundesbeitrags an die AHV verwendet werden. Diese Aufspaltung entlastet auf der einen Seite den Mittelstand und auf der anderen Seite die Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen.

Absatz 3 unterstreicht, dass die Absätze 1 und 2 weder für Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, noch für die Erhöhung bun-

desrechtlicher Steuern und Abgaben, zur Kompensation demographisch bedingter Mehraufwendungen für die AHV, gelten.

Unterschriften sammeln bewirkt schon viel – aber noch nicht genug

Die Steuerstoppinitiative hat, allein auf Grund der Lancierung, bereits eine nicht zu unterschätzende politische Wirkung erzeugt. So wird die im Herbst zur Abstimmung gelangende, vom Parlament beschlossene Energieabgabe breit diskutiert, und auch der Bundesrat setzt in seinem Leitbild erfreulicherweise das Ziel einer Steuerquote, die zu den niedrigsten gehören soll. Trotzdem ist es wichtig, dass weiterhin intensiv Unterschriften gesammelt werden, denn es ist von grösster Bedeutung für die Schweiz, dass die heute schon beträchtlichen Belastungen durch Steuern und Abgaben nicht weiter zunehmen.

Danke an alle!

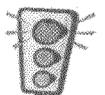
Am nationalen Sammelwochenende für die Steuerstoppinitiative sammelten viele Ortsparteien aktiv Unterschriften. Herzlichen Dank an alle, die sich engagierten, die hingestanden sind, die Stunden ihrer Freizeit geopfert haben.

Natürlich sind die notwendigen Unterschriftenzahlen noch nicht gesammelt. Wir müssen deshalb dranbleiben und weitermachen – und zwar mit Hochdruck! Unterschriften sammeln kann man auch in «politikfremden» Umfeldern: Erfahrungsgemäss sammelt es sich auch in der Beiz, bei Sportveranstaltungen, am Arbeitsplatz, ja selbst im Après-Ski ganz gut. Man muss nur Unterschriftenbogen dabei haben. Nutzen Sie die Chancen, die sich Ihnen bieten!

JA, ich bestelle:

___ Exemplare Unterschriftenbogen

___ Exemplare Argumentations-Flyer



Volksinitiative
Steuerstopp Jetzt!

Weitere Infos, Argumente und Unterlagen finden Sie unter: www.steuerstopp.ch
Dort kann der Unterschriftenbogen auch direkt heruntergeladen und ausgedruckt werden.

Für Fragen stehen wir Ihnen unter Telefon (031) 320 35 34 oder Fax (031) 320 35 00 oder E-Mail gs@fdp.ch gerne zur Verfügung.

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

KOLUMNE

Die andere Medienfreiheit



Im Medienbereich öffnen sich liberale Chancen. Damit der Markt besser spielt? Ja. Damit er noch ver-rückter spielt? Nein, sofern wir uns an die Einsicht halten, dass es neben der Freiheit für die Medien noch eine Freiheit von den Medien gibt. Das heisst: Die Medien tragen nicht nur uns gegenüber eine Verantwortung, sondern wir auch ihnen gegenüber. Um den Mut zur Eigenverantwortung geht es. Drei Exempel:

■ Für die längst fällige Revision des Radio- und Fernsehgesetzes hat der Bundesrat liberale Vorstellungen entwickelt, die in die richtige Richtung zielen. Die SRG soll gestärkt werden für den Service

public, der private Rundfunk für den Wettbewerb.

Erfreulich ist die Erkenntnis, dass der Bundesrat künftig vermehrt auf die Eigenverantwortung sowohl der elektronischen Medien als auch des Publikums setzt.

■ An Liberalisierung und Modernisierung denkt auf anderem Mediengebiet die Wettbewerbskommission. Sie will die Preisbindung für Bücher abschaffen. Zu Recht. Es handelt sich um eines der zementiertesten Kartelle, das während Jahrzehnten mit der Begründung verteidigt worden ist, sein Fall beschere den Zerfall der abendländischen Ethik.

Verleger und Buchhändler als unternehmerisch fähige Kulturvermittler wüssten die angedrohte Ka-

tastrophe mit Sicherheit zu verhindern. Ins Rutschen geriete lediglich die Hochpreispolitik, mit der einige Konzerne ökonomisch ein-träglicher leben als wir Leserinnen und Leser kulturell. Die Aufhebung der gebundenen Buchpreise ist ein Gebot der Zeit.

Denn was für das Radio und Fernsehen gilt, gilt auch fürs Buch: kein Kontrollregime durch Behörden und Verbände, sondern Förderung der eigenen Verantwortung.

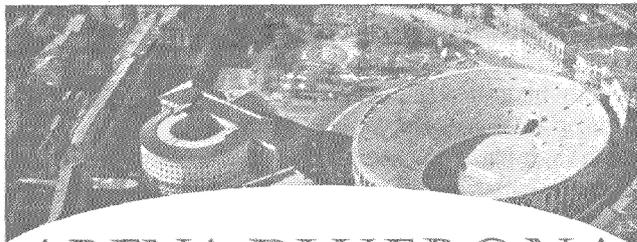
■ Die ganze Regelungsdichte hat nicht verhindert, dass die «Arena» zur Stammtischrunde für Schreihälse verkommen ist. Vor und hinter dem Gatter schüren Rechthaber die Glut. Funken muss es, krachen und tätschen. Die Einschaltquote zählt, nicht die demo-

kratisch wirksame Meinungsbildung.

Dagegen protestierte die FDP Schweiz. Sie verzichtete Anfang März auf einen Einstieg in die «Arena». Gut so! Denn wie gesagt: Die Freiheit der Medien ist das eine, die Freiheit, sich von den Medien nicht alles bieten zu lassen, das andere.

■ Die Vorschriften für die Medien müssen liberaler werden. Aber wirklich entscheidend wird sein, dass wir die Macht des Staates über die Medien nicht naiv ersetzen durch die Macht der Medien über uns. Um den Mut zur Eigenverantwortung geht es, an deren Anfang durchaus die Wut stehen darf.

Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes der Schweiz,
Zürich



ARENA DI VERONA

*Aida, Nabucco, La Traviata
und La Forza del Destino*

Im Deluxe-Car

14.-16.7. Aida/La Forza d. Dest.
25.-27.7. Nabucco/Aida
01.-03.8. Aida/Traviata
03.-05.8. La Forza d. Dest./Aida
11.-14.8. La Forza d. D./Nabucco
23.-25.8. Aida/Nabucco
31.8.-2.9. Aida/Nabucco

Inbegriffen

Fahrt im Deluxe-Car, Mittagessen
Hin-/Rückreise, Zimmer/Frühstück
(***)Hotel direkt bei der Arena, DZ
mit Du/WC, 2 Eintritte

Preise (p.P. DZ) 3 Tage 4 Tage
Hotel Bologna*** 1095.- 1395.-

Hotel****, Einzelzimmer, Ausflüge,
Versicherung auf Anfrage.

Im Orient-Express

25.08.-28.08. (Aida, Nabucco)
4 Tage ab Fr. 1390.-

Inbegriffen

Bahnfahrt im Restaurant-Wagen mit
Frühstück, Mittagessen Hin-/Rück-
reise, Hotelzimmer/Frühstück, Stadt-
rundfahrt Verona, alle Transfers,
Reiseleitung, Reisedokumentation.

Verschiedene Wagenkategorien,
Hotels und Eintrittskarten zur
Auswahl. Verlangen Sie das aus-
führliche Reiseprogramm.



Informationen 071 626 85 55

RMT
Special
MUSIK- UND KULTURREISEN

Reisebüro Mittelthurgau
Dunantstrasse 17
8570 Weinfelden
Fax 071 626 85 79

TECHNO? LOGISCH!

THE BENEFITS OF TECHNOLOGY

SULZER

ÜBERREAKTION ◊ EU und Österreich

Sozialdemokratische Machtpolitik

Es gibt wohl wenige politische Entscheidungen in der jüngeren europäischen Geschichte, die so viele Fehler aufweisen wie die der vierzehn EU-Mitgliedstaaten, gegen Österreich im Fall einer FPÖ-Regierungsbeteiligung Sanktionen zu erheben und diese dann durchzuziehen. Es sind deren acht: Unangemessenheit, Voreiligkeit, Unüberlegtheit, Inkonsequenz, Rechtswidrigkeit, Antiföderalismus, Antidemokratie und Kontraproduktivität.

VON BERNHARD
SCHÜRCH, PRÄSIDENT
JF SCHWEIZ

Unangemessenheit: Allein auf Grund einer Regierungsbeteiligung einer Partei, so schlimm sie sein mag, Sanktionen zu erheben, widerspricht dem für einen demokratischen Rechtsstaat zentralen Prinzip der Proportionalität. Dass man seine Bedenken und seine Befürchtungen offen kundtut, geht in Ordnung, ist sogar löblich. Dass man warnt, man werde im Falle von Menschenrechtsverletzungen oder gravierenden Verstössen gegen die Demokratie nicht tatenlos zuschauen, ist Pflicht. Aber schon im Vorfeld der Regierungsbildung mit

Sanktionen zu drohen ist überhaupt nicht vertretbar.

Machterhaltung

Somit kommen wir zum zweiten Fehler, der Voreiligkeit: Die Art und Weise, wie die Entscheidung gefällt wurde, sagt viel über das Demokratieverständnis der vierzehn vorwiegend sozialdemokratischen Regierungen aus. Diese befanden sich zur Zeit der Entscheidung alle in Stockholm, an der Holocaustkonferenz. Von dort aus sahen sie, wie in Österreich die christdemokratische ÖVP mit der FPÖ Koalitionsverhandlungen aufnahm. Es war allen klar, dass man im Falle eines erfolgreichen Abschlusses – erst dann – reagieren sollte. Laut der renommierten dänischen Zeitung «Jullä Post», die durch Mitglieder des aussenpolitischen Ausschusses des dänischen Parlaments informiert wurde, waren es Ministerpräsident Klima und Staatspräsident Klestil, die darauf gedrängt haben, noch vor der Regierungsbildung zu intervenieren. Die Tatsache, dass der dänische Koalitionspartner nicht einmal benachrichtigt wurde, befestigt den Eindruck der Übereiligkeit. Somit wird der eigentliche Grund der ganzen Übung klar. Die Regierungsbildung sollte verhindert werden, damit die Sozialdemokraten

die Macht nicht abgeben müssten.

Dabei war diese «Nacht- und-Nebel-Aktion» völlig unüberlegt: Denn die Sanktionen können nur auf der bilateralen Ebene stattfinden. Der Amsterdamer Vertrag erlaubt solche Massnahmen auf multilateraler Ebene erst, wenn Taten vorliegen, und nach Anhörung des inkriminierten Mitgliedstaates. Es ergibt sich nun eine zweideutige Haltung der EU-Staaten, die bilateral mit Österreich nicht mehr verkehren, aber mit ihm innerhalb der EU-Institutionen (vor allem des Ministerrates) weiter mitarbeiten. Die Sanktionen verlieren hiermit ihre Wirkung und die vierzehn EU-Staaten ihre Glaubwürdigkeit.

Ungleiche Ellen

Letztere wird auch durch die Inkonsequenz dieser Massnahmen tangiert: Als Anfang der achtziger Jahren Präsident Mitterrand Stalinisten in seine Regierung hineinbezog, gab es keinen Aufschrei (nebenbei gesagt: Gerade mit dieser Regierungsbeteiligung haben die Kommunisten in Frankreich massiv an Wählern eingebüsst). Auch während der neunziger Jahre, als sich in Italien Neofaschisten an der Regierung beteiligten, war nichts von Sanktionen zu hören. Die Inkonsequenz gilt ebenfalls in einer anderen Hinsicht: Gegenüber Russland, das in Tschechien täglich und massiv gegen elementarste Menschenrechte verstösst, üben die EU-Staaten eine ausgesprochen mutlose Realpolitik. Dies gilt auch für die Beziehungen mit anderen wenig demokrati-

schen Staaten (wie z. B. China). Sobald es sich um Grossmächte handelt, wird offenbar mit anderen Massstäben gemessen.

Dass die Sanktionen gegen Völkerrecht verstossen, ist unbestritten. Es gibt überhaupt keine völkerrechtliche Norm, die das Kriterium der Regierungsbeteiligung einer Partei als Basis für Sanktionen vorsieht. Die Rechtswidrigkeit auf EU-Ebene ist unstritten, weil die Sanktionen nur die bilateralen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten betreffen. Dass die Sanktionen gegen den Geist der Verträge verstossen, ist hingegen selbstredend.

Integrationsprozess

Somit kann man auch klar sagen, dass sie mit der Doktrin des europäischen Föderalismus überhaupt nicht vereinbar sind. Denn sie schwächen den Integrationsprozess, indem sie den EU-Gegnern Wind in die Segel bringen und das Misstrauen der Bürger in die EU stärken. Föderalismus verlangt auch, dass der eigenständige Wille der föderierten Einheiten respektiert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in der Schweiz fünf- undzwanzig Kantone gegen einen Sanktionen erheben! Man muss somit feststellen, dass der Integrationsprozess noch vertieft werden muss, damit solches nicht mehr passieren kann.

Dass die Entscheidung, Sanktionen zu erheben, gegen den demokratischen Willen der Österreicher gerichtet ist, finden wohl die meisten Europäer, auch die Franzosen und die Belgier. Gerade das Demokratieverständnis der französischen Classe politique, in der eine

kleine Elite vorschreibt, was demokratisch ist und was nicht, schreckt viele europäische Bürgerinnen und Bürger ab.

Last, but not least ist die Überreaktion völlig kontraproduktiv, denn Haider und seine FPÖ waren in Österreich noch nie so populär wie heute. Diese Folge der Massnahmen ist alles andere als überraschend, denn letztere richten sich nicht zuletzt gegen den österreichischen Volkswillen.

Zum Glück ist Österreich ein EU-Mitglied

Dass die Reaktionen der EU-Staaten nichts mit Österreichs EU-Mitgliedschaft zu tun hat, haben selbst notorische EU-Skeptiker wie Max Frenkel erkannt. Denn die USA und Israel haben sich an den Sanktionen auch beteiligt. Und als Waldheim Staatspräsident wurde, gab es ähnliche Reaktionen, obwohl Österreich damals nicht der EU angehörte. Die heutige EU-Mitgliedschaft Österreichs ist vielmehr ein Garant für die Beschränktheit der diplomatischen Isolation. Wie schon weiter oben bemerkt, die vierzehn anderen EU-Staaten werden innerhalb der EU-Institutionen mit Österreich weiter zusammenarbeiten, weil sonst die EU völlig lahmgelegt würde: Für viele Entscheide braucht es nach wie vor die Einstimmigkeit. Die EU erweist sich in dieser Affäre als Garant der Rechtsstaatlichkeit auch auf internationaler Ebene, was in der europäischen Geschichte einmalig ist. Ohne sie wären die kleinen Staaten der Machtpolitik der Grossmächte voll und ganz ausgeliefert. ■

Sommeruniversität
2000

Schon jetzt
den Termin
für die
Sommer-Uni 2000
von FDP und
Jungfreisinnigen
reservieren:

21. – 25.
August 2000
in Neuenburg!

Materialshop

Nach wie vor lieferbar

- **Unsere Ziele 1999–2003**
- **Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)**
- **In Bildung und Arbeit investieren, damit sich
Wissen auch in Zukunft auszahlt (Wirtschafts-
und Bildungspolitik)**
- **Selbstbewusste Zusammenarbeit statt Abschied
von Europa und der Welt (Aussenpolitik)**
- **Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort statt ungebremste
Einwanderung in die Schweiz (Sicherheits- und
Asylpolitik)**

**Neu erhalten Sie auch die FDP-Kalender im
Kreditkartenformat. Auf deren Vorderseite sind die Ziele
der FDP für die Legislatur 1999–2003 aufgeführt.**

**Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
E-Mail: aebischer@fdp.ch**

ZUR TEILREVISION DES MILITÄRGESETZES ◊ Zustimmung der FDP

Für die Bewaffnung zum Selbstschutz

Die schweizerische Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts ist eine Politik vorausschauender, ganzheitlich angelegter, multilateral vernetzter Sicherheitsvorsorge. Ihr Resultat ist die politische und wenn nötig auch militärische Mitgestaltung des Friedens im nahen und erweiterten Umfeld unseres Landes. Eine vorausschauende Politik zielt auf Krisen- und Konfliktverhütung ab. Den Krisen muss präventiv und ursachenorientiert am Ort ihres Entstehens mit einem Konzept begegnet werden, welches alle Bereiche der Politik seinen Möglichkeiten entsprechend aktiv und flexibel nutzt. Aussen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Technologie-, Umwelt-, Migrations- und Entwicklungspolitik bilden dazu ein Ganzes.

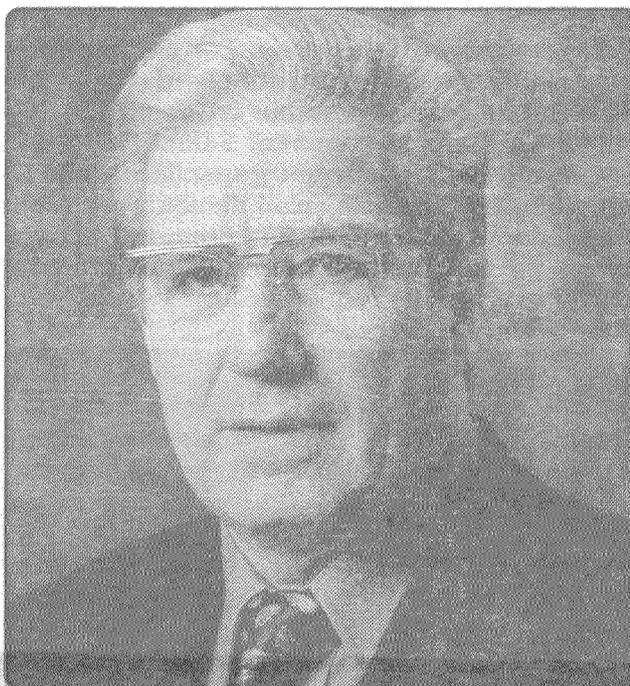
VON FDP-NATIONALRAT
KARL TSCHUPPERT,
ETTISWIL (LU)

sende Sicherheit lässt sich nur mehr durch Kooperation gewährleisten.

Bei der Teilrevision des Militärgesetzes handelt es sich um einen ersten und unseres Erachtens zugleich sehr wichtigen Schritt zur konkreten Umsetzung des Sicherheitspolitischen Berichtes 2000, den wir hier in der Wintersession 1999 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen haben.

Wenig überzeugende Lösung im Kosovo-Einsatz

Die Revision soll es der Schweiz erlauben, sich auch mit bewaffneten Truppenkontingenten an multinationalen Friedensoperationen zu beteiligen. Das ist in ausländischen Streitkräften eine Selbstverständlichkeit. Aber bei uns verbietet das erst 1995 revidierte Militärgesetz in Artikel 66 schweizerischen Armeemitgliedern im Truppenverband den bewaffneten Auftritt ausserhalb unserer Landesgrenzen. Das geltende Gesetz



FDP-Nationalrat Karl Tschuppert: «Die Schweiz wird in jedem Fall frei entscheiden können, ob ein solches Engagement unseren nationalen Interessen entspricht.» (Bild senn & stabil)

sieht einzig die Ermächtigung an den Bundesrat vor, einzelnen Personen zum Selbstschutz den Waffengebrauch zu bewilligen, wie das zurzeit bei Festungswächtern und beim Swisscoy-Einsatz in Kosovo der Fall ist. Gerade die nicht überzeugende Lösung, die für den Kosovo-Einsatz getroffen wurde, kann keine Richtschnur für allfällige weitere militärische Engagements im internationalen Rahmen sein.

Die Welt darf von der Schweiz einen substanziellen Beitrag an die internationale Solidarität erwarten. Andererseits ist es ein Ziel der Teilrevision, in gemeinsamen internationalen Anstrengungen Risiken und Gefahren entgegenzutreten zu können, bevor diese unser Land erreichen. Krisenbewältigung mit humanitären

und wirtschaftlichen, aber auch mit militärischen und politischen Mitteln an Ort und Stelle kann wesentlich dazu beitragen, dass die Schweiz beispielsweise von grossen Flüchtlingsströmen verschont bleibt.

Konzentration auf klassische Landesverteidigung genügt nicht mehr

Allein mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit, sich mit bewaffneten schweizerischen Truppen an internationalen Friedensoperationen zu beteiligen, werden die Voraussetzungen geschaffen, im gesamten Bereich der Friedenssicherung aktiv zu werden. Ein Automatismus ist damit nicht gegeben. Die Schweiz wird in jedem Fall frei entscheiden können, ob ein solches Engagement unseren nationalen Interessen

ZUM THEMA

Umfassende Sicherheit lässt sich nur mehr durch Kooperation gewährleisten.

Krisenbewältigung mit humanitären und wirtschaftlichen, aber auch mit militärischen und politischen Mitteln an Ort und Stelle kann wesentlich dazu beitragen, dass die Schweiz beispielsweise von grossen Flüchtlingsströmen verschont bleibt.

entspricht. Aber ein Staat, der sich allein auf die klassische Landesverteidigung konzentriert, wird über kurz oder lang mit Problemen der Begründung seiner sicherheitspolitischen Ausrichtung haben. Das müsste gerade jenen Kreisen einleuchten, die sich zwar immer für eine glaubwürdige Landesverteidigung einsetzen, diese zukunftsgerichtete Teilrevision aber ablehnen. Die Verteidigung unseres Landes soll durch die Auslandseinsätze nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Bewaffnung zum Selbstschutz notwendig

Für die FDP-Fraktion gibt es keine Alternative und kein Wenn und Aber zum Vorgehen über die vorgezogene Teilrevision des Militärgesetzes. Die Erfahrungen bei den bisherigen Konflikten auf dem Balkan haben bei uns schon seit längerer Zeit die Erkenntnis gestärkt, dass die Schweiz vor allem zur Migrationsbekämpfung auch ausserhalb der Grenze beitragen muss. Dazu benötigen wir nebst einer Milizarmee mit professionellen Elementen den Ausbau des sicherheitspolitischen Engagements, inklusive Bewaffnung der freiwilligen Schweizer Soldaten zum Selbstschutz. ■

SYSTEMWECHSEL  Bereitschaft scheint vorhanden

Eigenmietwert in Bewegung...

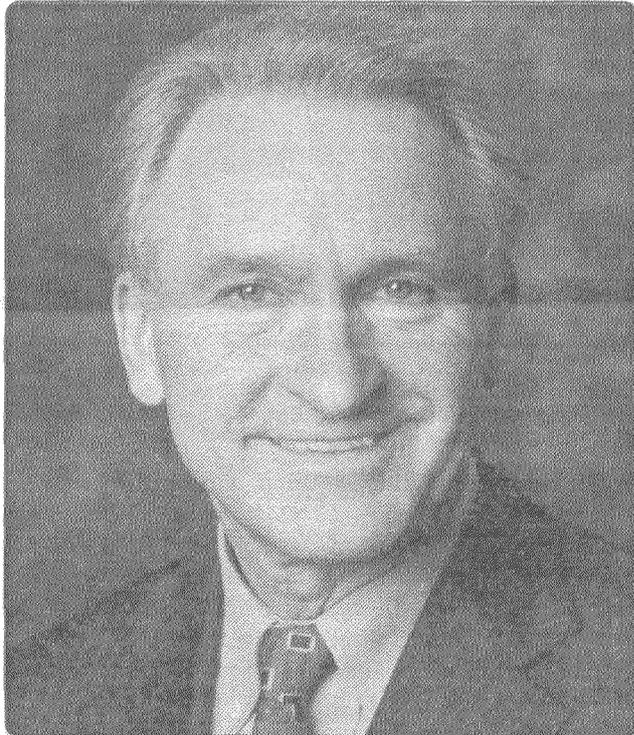
Im letzten Dezember sind im Nationalrat zwei parlamentarische Initiativen zur Abschaffung des Eigenmietwertes vorläufig unterstützt worden, die von der CVP-Fraktion und vom Verfasser dieses Artikels im Zusammenhang mit der im Februar 1999 abgelehnten Volksinitiative «Wohneigentum für alle» eingereicht worden waren. Für die Steuerklärungen dieses Jahres und sicher auch des nächsten wird dieser Entscheid noch keinen Einfluss haben, aber immerhin ist damit die Diskussion um den Eigenmietwert in Gang gekommen. Selbst Bundesrat Villiger musste «ein weitverbreitetes Unbehagen gegenüber dem Eigenmietwert» eingestehen, vor allem deshalb, weil dieses zwar bloss fiktive, für die Besteuerung jedoch höchst reale Einkommen trotz sinkenden Liegenschaftswerten in den letzten Jahren laufend erhöht wurde.

VON FDP-NATIONALRAT
ROLF HEGETSCHWEILER,
OTTENBACH (ZH)

Das in der Schweiz bestehende System der Eigenmietwertbesteuerung – das heisst die Besteuerung des selbst genutzten Wohneigentums – bei gleichzeitig vollem und unbeschränktem Schuldzinsabzug ist problematisch. Es trägt die Hauptschuld an der im internationalen Vergleich sehr hohen Verschuldung der Schweizer Haushalte und ist mitverantwortlich für die tiefe Eigentümerquote. Ausserdem bewirkt es, dass der Vorsorgecharakter von Wohneigentum im Rentenalter – insbesondere bei sinkendem Erwerbseinkommen – in Frage gestellt ist.

Förderung von Wohneigentum über Systemwechsel

Beide parlamentarischen Initiativen schlagen einen Systemwechsel vor, und beide verlangen die Abschaffung des Eigenmietwertes. Im Gegenzug entfällt der Schuldzinsabzug, der heute geltend gemacht werden kann. Allerdings sollen Ersterwerber im Sinne der Eigentumsförderung während einer gewissen Zeitspanne ihre Hypo-



FDP-Nationalrat Rolf Hegetschweiler: «Das geltende System konnte dem Verfassungsauftrag der Wohneigentumsförderung nicht gerecht werden.» (Bild senn & stahl)

thekarschuldzinsen weiterhin abziehen können, ohne dass ihnen ein Eigenmietwert aufgerechnet wird. Unterhaltsabzüge sollen weiterhin im bisherigen Rahmen möglich sein, und schliesslich soll eine grosszügig bemessene Übergangsfrist gewährt werden, während der sich die derzeitigen Eigentümer auf die Neuordnung umstellen können. Die Kommission ist der Meinung, dass die beiden Initiativen, obschon

sie in einigen Punkten voneinander abweichen, das gleiche Ziel anstreben, nämlich die Förderung von Wohneigentum über einen Systemwechsel, der sich aus verschiedenen Gründen aufdrängt:

Erstens muss darauf hingewiesen werden, dass das geltende System dem Verfassungsauftrag der Wohneigentumsförderung nicht gerecht werden konnte. Die Schweiz weist im europäischen Vergleich

mit lediglich 33 Prozent den mit Abstand niedrigsten Anteil von Wohneigentümern auf. Die geforderte steuerliche Entlastung für Ersterwerber erscheint aus dieser Sicht sinnvoll.

Heute oft als willkürlich empfunden

Ausserdem ist die heutige Form der Eigenmietwertbesteuerung mit schweren Vollzugsmängeln behaftet. Insbesondere fehlt bis heute ein zuverlässiges System zur Feststellung des Marktwertes von selbst genutztem Wohneigentum. Die Eigenmietwertfestsetzung sowie die starken Abweichungen zwischen den Kantonen werden oft als willkürlich empfunden und führen bei den Steuerpflichtigen zu grosser Unzufriedenheit.

Weiter fördert die heutige Eigenmietwertbesteuerung durch steuerliche Anreize das Schuldenmachen, und zwar in so ausgeprägter Masse, dass die Schweiz eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen aufweist. Bei Krisen auf dem Immobilienmarkt kann dies für den Einzelnen wie für die ganze Volkswirtschaft fatale Auswirkungen haben. Auch verleitet die Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen viele Hauseigentümer dazu, unnötige Hypothekendarlehen aufzunehmen, weil ihnen der Abzug dieser Zinsen erlaubt, ihr steuerbares Einkommen zu verringern und dadurch ihr Vermögen in steuerlich interessantere Anlagen zu investieren.

Kommissionsarbeit bald abgeschlossen

Bundesrat Villiger hat vor einem Jahr eine Expertenkommission beauftragt,

verfassungskonforme Vorschläge für einen Systemwechsel auszuarbeiten und auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu untersuchen. Der Bericht dieser Kommission soll Ende März 2000 vorliegen. Danach wird sich eine spezielle Subkommission der WAK-NR damit befassen und einen Gesetzesentwurf für den beabsichtigten Systemwechsel vorlegen. Für die Hauseigentümer muss das Ziel darin bestehen, dass der Systemwechsel eine wirksame Eigentumsförderungskomponente enthält und eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, ohne dass einzelne Gruppen – seien es die Ersterwerber mit hohen Schulden oder die langjährigen Eigentümer mit abbezahlten Hypotheken – gegenüber heute Einbussen erleiden.

Obschon die beiden Initiativen in der Ausgestaltung der einzelnen Massnahmen nicht unwesentlich voneinander abweichen, beantragt die Kommission gemeinsame Behandlung mit dem Ziel, aus beiden Vorstössen eine mehrheitsfähige Lösung zu erarbeiten.

Ob Rasen, Blumen oder Bäume. Spross schafft neue Landschaftsräume. Er schneidet, säet und hegt und pflegt, dass Freude sich beim Kunden regt.

Über 100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition.

Spross

Spross Ga-La-Bau AG, Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

21. MAI 2000 ◉ *Ja zu den bilateralen Verträgen*

Unser Weg zur Öffnung der Schweiz gegenüber Europa

Die Schweiz steht an einer bedeutenden europapolitischen Weichenstellung. 1992 hat das Volk den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt, worauf der Bundesrat den Weg der bilateralen Verhandlungen beschränkt. Nach langen und harten Auseinandersetzungen konnten diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen und die bilateralen Verträge in den eidgenössischen Räten mit grosser Mehrheit angenommen werden.

VON FDP-NATIONALRAT
ERICH MÜLLER,
SEUZACH (ZH)

Unser Land hat mit den bilateralen Abkommen einen eigenen Weg gefunden, seine Beziehungen zur EU auf eine vertraglich gesi-

cherte Basis zu stellen. Damit wird einer Isolation der Schweiz entgegengetreten. Das Vertragswerk bedeutet eine zentrale Weichenstellung:

■ Politisch, da es in der Integrationsfrage den zeitlichen Druck wegnimmt und

den nötigen Handlungsspielraum zur vertieften Analyse der weiteren Optionen verschafft.

■ Wirtschaftlich, weil es den Unternehmen einen klaren Orientierungsrahmen gibt und zu weitgehend gleich langen Spiessen im härter gewordenen Konkurrenzkampf verhilft.

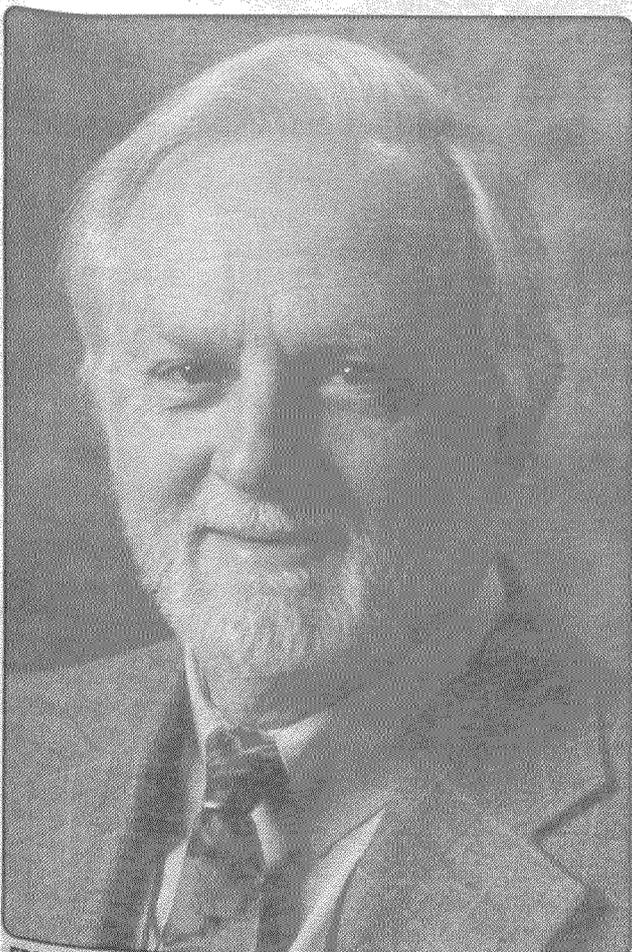
Nicht in falscher Sicherheit wiegen

Besonders profitieren kann unsere Jugend. Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben bereits zwei Jahre nach

Inkrafttreten des Personenverkehrsabkommens die uneingeschränkte Möglichkeit, sich in jedem EU-Land niederzulassen und dort selbständig oder als Angestellte erwerbstätig zu sein. Damit erhält sie die Chance, sich im Ausland Erfahrungen und Wissen anzueignen. Die bilateralen Verträge machen uns auch zum gleichberechtigten Forschungspartner, und für unseren Verkehr integrieren sie uns in die europäischen Konzepte. Die innenpolitische Durchsetzung der bila-

teralen Verträge ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Bei der EWR-Abstimmung wiegten sich die Befürworter in falscher Sicherheit. Das soll nicht noch einmal vorkommen! ■



FDP-Nationalrat Erich Müller: «Unser Land hat einen eigenen Weg gefunden.» (Bild senn & stahl)

● **Wirtschaftlich mitmachen, politisch unabhängig bleiben.**

● **Schweizer Produkte frei in die gesamte EU ausführen.**

● **Mit Exporten unsere Wirtschaft für alle beleben.**

Unser Land,
unser Weg

Bilaterale
Abkommen

Ja

21. Mai 2000

Komitee
Ja zu den Bilateralen Abkommen
Postfach, 3001 Bern, www.bilaterale.ch

Ko-Präsidium: Christine Beerli, Ständeratin FDP/BE; Francesco Cavalli, Nationalrat SP/TI; Hildegard Fässler-Osterauer, Nationalrätin SP/SG; Brigitta Gadiot, Nationalrätin SVP/GR; Jean-Philippe Mairet, Nationalrat CVP/GE; Fulvio Pelli, Nationalrat FDP/TI; Claude Ruey, Nationalrat LPS/YD; Samuel Schmid, Ständerat SVP/BE; Rosmarie Zapf-Helbling, Nationalrätin CVP/ZH

INFORMATIKERMANGEL ◉ Massnahmen drängen sich auf

Umschulung allein löst das Problem nicht

Mit einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz hat das Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) auf die verschiedenen im Parlament pendelnden Vorstösse zum Thema «Mangel an Informatik- und E-Commerce-Spezialisten» reagiert. Als Gegenargument wurden staatspolitische Gründe und vor allem die Furcht vor Dumping-Löhnen sowie die Tatsache, dass noch nicht alle Kontingente ausgeschöpft seien, genannt. Damit wurde einer Diskussion im Parlament vorgegriffen.

VON FDP-NATIONALRÄTIN MAYA LALIVE D'EPINAY, BÄCH (SZ)

Wozu die Eile, wenn doch gar kein Problem besteht? Weil die Argumente des BFA einer näheren Betrachtung nur bedingt standhalten und aus meiner Sicht die kurz- und mittelfristigen Anliegen der Wirtschaft zu wenig berücksichtigen respektive der Eindruck erweckt wird, dass es hier um mehr Problembekämpfung statt um Problemlösung geht.

Neue Bedürfnisse verlangen neue Lösungen

Der Mangel an kurzfristig einsetzbaren Spezialisten – im Bereich IT und E-Commerce sowie je länger, je mehr auch in anderen Bereichen wie Biotechnologie usw. – ist nachweisbar vorhanden und wird in absehbarer Zeit weiter zunehmen. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass besonders im High-Tech-Bereich die zeitlich befristete Projektarbeit zunimmt, dass dazu nur die Besten in ihrem Fach gut genug sind und dass sich alle Welt um die Kräfte bemühen wird. Das Ausmass der Entwicklung schafft neue Bedürfnisse und verlangt neue Lösungen.

Was heute in der Schweiz fehlt, ist eine Aufenthalts- und Niederlassungskategorie oder eine entsprechende Verordnung (analog beispielsweise der Green Card in Amerika), welche auf einfache und flexible Art erlaubt, Spezialisten aus Nicht-EU- und Nicht-EFTA-Ländern für eine befristete Zeit eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung zu verschaffen. Längerfristig ist ohne Zweifel eine Lösung im sich in Revision befindlichen ANAG (Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) anzustreben, kurzfristig bietet sich eine Lösung im Bereich der BVO (Bundesverordnung), welche in der Kompetenz des Bundesrates liegt, oder über einen befristeten Bundesbeschluss an. Letztere wäre innert kurzer Zeit umsetzbar, sofern der politische Wille seitens Bundesamt und Bundesrat vorhanden ist. In Deutschland, das mit denselben Problemen zu kämpfen hat, hat Ministerpräsident Schröder innert kurzer Zeit rasch und unkompliziert eine wirtschaftsfreundliche Lösung gefunden, die auch dem Bedürfnis nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Deutschland Rechnung trägt.



FDP-Nationalrätin Maya Lalive d'Epinay: «Alle Welt bemüht sich um diese Kräfte.» (Bild senn & stahl)

Kontingente kein Problem? Doch, aber nicht überall

Es ist ohne Zweifel so, dass gesamtschweizerisch die Kontingente für Jahresaufenthalter noch nicht ausgeschöpft sind, schliesslich ist das Jahr ja auch noch nicht abgelaufen. Es ist aber auch so, dass Stadt und Kanton Zürich bereits heute voraussehen, dass sie per Ende Jahr mehrere hundert Bewilligungen für Jahresaufenthalter zuwenig haben werden. Es ist auch so, dass das Arbeitsamt der Stadt Zürich seitens des Bundes bisher keine verbindliche Bestätigung erhalten hat, dass es sein «Kontingent» überziehen kann. Ohne eine solche Zusicherung muss die Stadt jedoch bereits heute mit den ihr offiziell zustehenden Bewilligungen für die laufende Kontingentsphase haushälterisch umgehen, das heisst die Bewilligungspraxis etwas restriktiver gestalten, so dass sie auch später eingereichte Anfragen noch berücksichtigen kann. Dies ist aber genau das falsche Signal an die Wirtschaft.

Ausbildung und Umschulung lösen das Problem – ja, aber nur langfristig

Mittelfristig allenfalls ja, kurzfristig nein. Die nun sowohl in der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Hand angelaufenen Bestrebungen sind ohne Zweifel verdienstvoll und sollen wo immer möglich unterstützt werden. Das bestreitet niemand, im Gegenteil. Wissen ist die einzige Ressource, welche die Schweiz wirklich hat und welche ihr mittelfristig Wettbewerbs- und Standortvorteile verschafft. Dabei muss man allerdings beachten. Die Umschulung von Arbeitslo-

sen wird sicher eine Entlastung im Bereich der IT- und E-Commerce-Routinearbeiten bringen, nicht jedoch bei den Spezialisten. Die Ausbildungsanstrengungen werden frühestens in einigen Jahren Früchte tragen, wobei angemerkt werden muss, dass – wie in jedem Beruf – nach der Ausbildung zuerst praktische Erfahrung gesammelt werden muss, um anspruchsvolle Projekte in leitender Funktion begleiten oder leiten zu können. Dazu kommt ein Weiteres: Der Bedarf übersteigt die Nachfrage nach einer Informatikausbildung. Für viele Schweizerinnen ist dies offenbar nicht der Traum Beruf, trotz guten Stellen- und Lohnaussichten. Wir können die jungen Frauen und Männer nicht zwingen, Informatik zu lernen respektive zu studieren. Und – auch bei den Informatik- und E-Commerce-Lehrkräften herrscht ein Mangel.

Schweiz darf Anschluss ans Informationszeitalter nicht verpassen

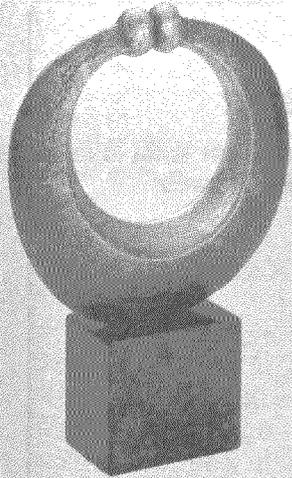
Die FDP kämpft für die digitale Mündigkeit der Schweizerinnen und Schweizer. Dazu gehört auch, dass der Standort Schweiz den Anschluss ans Informationszeitalter nicht verpasst. Die Zugehörigkeit zur Weltspitze gehört zu den Voraussetzungen für künftiges Wirtschaftswachstum. Dieses ist heute gefährdet: Der Bedarf an Informatikspezialisten in ganz Westeuropa ist riesig. Experten gehen davon aus, dass der Mangel im Jahr 2002 gegen 1,5 Millionen Stellen betragen wird. In der Schweiz fehlen bereits heute 10 000 Spezialisten. Trotz dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt wird diese Lücke in erster Linie mit neu ausgebildeten und weitergebildeten heimischen Arbeitskräften zu füllen sein. Die FDP fordert im Bereich Telekommunikation und Informatik Erleichterungen für den Zugang von Maturaabgängerinnen und -abgängern zu den Fachhochschulen. Für diese Bereiche sind obligatorische, strukturierte Praktika ins Studium zu integrieren. Bis Sommer 2001, wenn ein doppelter Maturajahrgang ansteht, sind diese Massnahmen zu verwirklichen.

Die Aus- und Weiterbildungsanstrengungen reichen zur Deckung des kurzfristigen Bedarfs jedoch nicht aus: Dieser muss im Interesse des Wirtschaftsstandorts mit qualifizierten Arbeitskräften auch aus nicht traditionellen Rekrutierungsstaaten ausgeglichen werden. Deutschland zum Beispiel stellt zusätzliche Aufenthaltsbewilligungen (Green Cards) für ausländische Informatikspezialisten in grossem Umfang in Aussicht.

Paul Klee – Poet der leisen Zwischentöne

FDP Leseringangebot

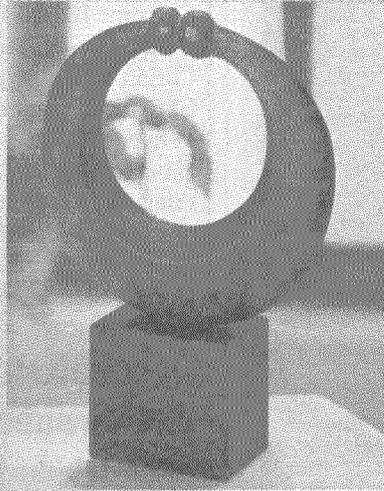
Luna – Die Magie des Mondes



Luna Selene

Limitierte Skulptur von Anja Seelke aus Cold Cast Bronze – Polymerer Kunstguss. Jede Skulptur wird in reiner Handarbeit echt versilbert. Höhe 19 cm, Breite 20 cm, Tiefe 4 cm

FDP-Vorzugspreis
Fr. 450.–



Luna Artemis

Limitierte Original-Bronzeskulptur von Anja Seelke, in reiner Handarbeit gegossen nach dem Prinzip der verlorenen Wachsforn (Cire perdue) – dem teuersten Verfahren für hochwertige Bronzegüsse. Höhe 19 cm, Breite 20 cm, Tiefe 4 cm

FDP-Vorzugspreis
Fr. 790.–

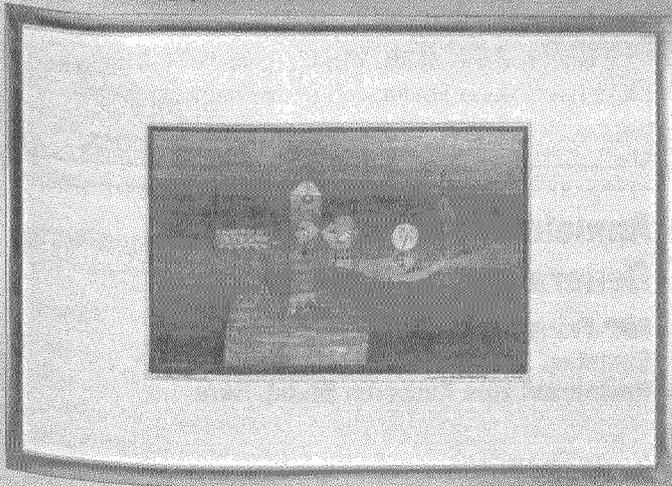
Paul Klee – Guter Fischplatz ↓

8 Farben-Faksimile in frequenzmoduliertem Druck auf Büttenpapier. Limitierte Auflage 3000 Exemplare. Format 47,5 x 70 cm

FDP-Vorzugspreis Fr. 220.–

In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnitt-Passepartout. Format 50 x 72 cm.

FDP-Vorzugspreis Fr. 595.–



Paul Klee – Insula dulcamara →

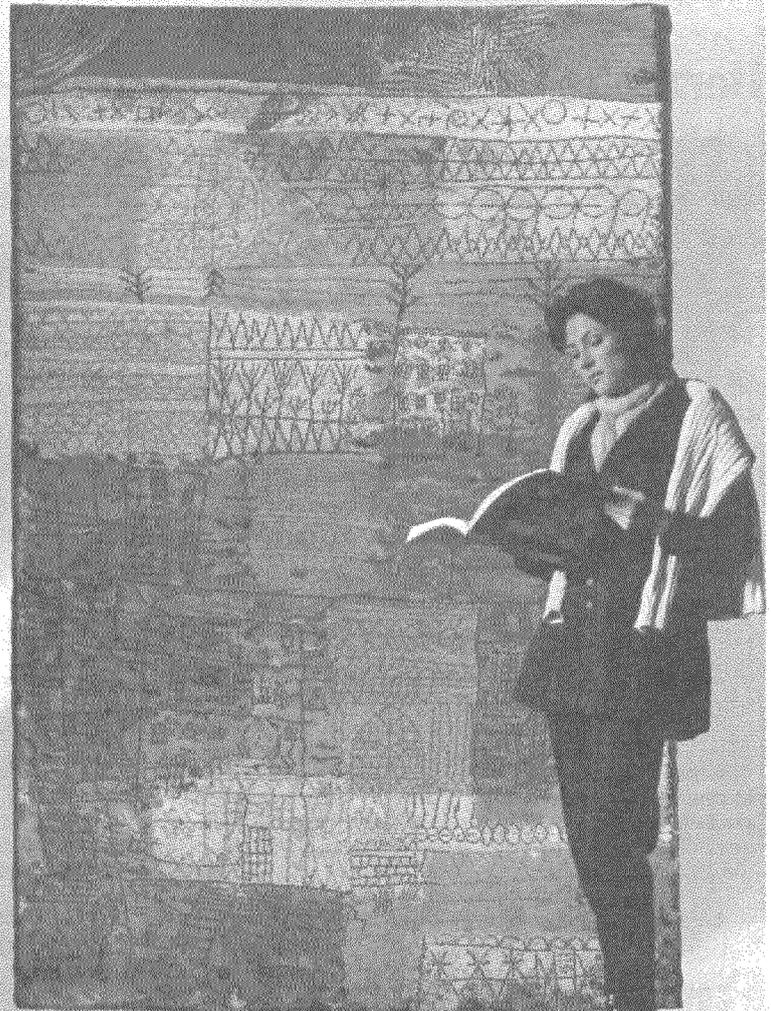
Granolitho® in über 10 Farben auf schwerem Rives-Bütten. Mit Blindprägung-Passepartout. Limitierte Auflage 1800 Exemplare, handnummeriert. Format 51 x 83 cm.

FDP-Vorzugspreis Fr. 245.–

In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet.

Format 56,5 x 88 cm.

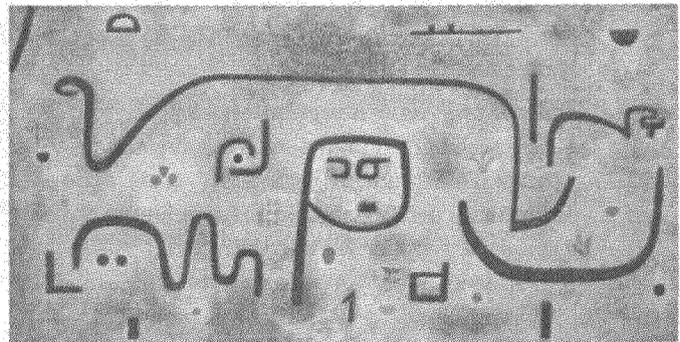
FDP-Vorzugspreis Fr. 695.–



Florentinisches Villenviertel

Künstlerteppich von Paul Klee. Werkgetreu nach dem Original (Musée National d'Art Modern, Paris) gefertigt. Aus reiner Schurwolle in farbechter Wollsigel-Qualität. Signatur in der linken unteren Ecke. Format 140 x 200 cm.

FDP-Vorzugspreis Fr. 1450.–



Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

- Paul Klee – Teppich, Schurwolle
- Paul Klee – Guter Fischplatz, ungerahmt
- In echt Weissgoldrahmen,
- Paul Klee – Insula dulcamara, ungerahmt
- In echt Weissgoldrahmen,
- Luna Selene, Polymerer Kunstguss.
- Luna Artemis, Bronzeskulptur

Fr. 1450.–

Fr. 220.–

Fr. 595.–

Fr. 245.–

Fr. 695.–

Fr. 450.–

Fr. 790.–

Preise inkl. MWST., zuzüglich Versand- und Versicherungskostenanteil.

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir kostenlos Ihren Gesamtkatalog 2000.

Name Vorname

Str./Nr.

PLZ/Ort

Telefon P: Telefon G:

Datum Unterschrift

Einsenden an: «FDP» Artefides, Haldenstrasse 47, CH-6006 Luzern, via Fax 041-417 20 51 oder Tel.: 041-417 20 50

Herzliche Gratulation, Karin Keller-Sutter!



In einer denkwürdigen ersten Runde der Regierungsratswahlen im Kanton St. Gallen wurde Karin Keller-Sutter aus Wil auf Anhieb zusammen mit Willy Haag neu in die St. Galler Regierung gewählt. Die St. Galler FDP hat damit überraschend einen Sitz gewonnen. Karin Keller-Sutter ist die 14. freisinnige Frau, die zurzeit ein Mandat in einer kantonalen Exekutive ausübt.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

Samstag, 29. April 2000, 10.30 Uhr
Restaurant zum Äusseren Stand, Zeughausgasse 17, Bern
 (hinter dem Kornhaus, Telefon [031] 311 32 05)

Programm:

- 10.00 Eintreffen der Teilnehmerinnen, Abgabe der Stimmkarten
Kaffee und Gipfeli
- 10.30–11.30 Uhr **ordentliche Generalversammlung**
 - 1. Begrüssung/Mitteilungen/Grussadressen
 - 2. Wahl der Stimmzählerinnen
 - 3. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 11.9.99
 - 4. Jahresbericht der Präsidentin
 - 5. Jahresrechnung/Revisorenbericht
 - 6. Budget
 - 7. Wahlen
 - 7.1. Rücktritte
 - 7.2. Wahlen
 - 8. Varia
- 11.30–13.00 Uhr **DIE BILATERALEN VERTRÄGE MIT DER EU**
 Referentin Christine Beerli, Ständerätin
 Diskussion und Parolenfassung
11. AHV-REVISION
 Referentin: Christine Egerszegi, Nationalrätin
 Diskussion
- 13.00–14.00 Uhr Apéro
 anschliessend Mittagessen

Zentralvorstand der FDP-Frauen Schweiz

Folgende FDP-Frauen stellen sich zur Wahl in den Zentralvorstand der FDP-Frauen Schweiz:

- Christine Beerli, BE
- Ursula Brasey, TG
- Corina Eichenberger, AG
- Christiane Langenberger, VD
- Vera Ninck, BE
- Fabia Schild, BL
- Franziska Troesch, ZH
- Marianne Tschäni, ZG
- Margrit Weber, AG
- Dorle Vallender, AR

Geschäftsleitung FDP-Frauen Schweiz

Folgende bisherige Mitglieder des Vorstandes der FDP-Frauen Schweiz stellen sich zur Wiederwahl in die Geschäftsleitung zur Verfügung:

- Sibylle Burger-Bono, BE
- Betty Fahrni-Jones, TG
- Barbara Meienfisch-Rüfli, SO
- Cornelia Muster-Maibach, BE
- Beatrice Seiterle-Weiss, ZH
- Marianne Zbinden-Tanner, AG

Neu zur Wahl in die Geschäftsleitung stellen sich die folgenden Frauen:

- Yvonne Nestasio-Meili, VD, Florence Peiry-Klunge, VD, Ester Maria Studer, BE, Irene Thalmann-Kühni, SZ, Andrea Trümpy, GL

Anmeldung zur ordentlichen Generalversammlung

FDP-Frauen Schweiz
Samstag, 29. April 2000, 10.30 Uhr
Restaurant zum Äusseren Stand, Bern

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Ich bin

- Delegierte eines Aktivmitgliedes (stimmberechtigt)
- Eidg. Parlamentarierin
- FDP-Mandatsträgerin
- Passivmitglied (nicht stimmberechtigt)
- Einzelmitglied (stimmberechtigt)
- nichts von alledem

Ich nehme teil an

- Generalversammlung
- Generalversammlung und Mittagessen

Bitte senden Sie den Anmeldetalon bis spätestens 25. April an: Sibylle Burger-Bono, Stapfenstrasse 5, 3098 Köniz, Fax (031) 972 12 46.

WETTBEWERB ◉ Was war das Motto?

Die Kantonalparteien im Nebel

Die Sekretäre der Kantonalparteien verbrachten kürzlich ein Skiwochenende in Andermatt. Mit unserer Wettbewerbsfrage wollen wir von Ihnen wissen, unter welchem Motto das Weekend gestanden hat. Einsendeschluss ist der 19. April 2000.

GUS. FDP-Präsident Franz Steinegger mit Sohn Benjamin machte den vereinigten KantonalparteiSekretären die Aufwartung an einem gemeinsamen Nachessen. Nach einem mehrheitlich im Restaurant verbrachten Nebeltag – statt auf den Ski – konnte es sich ein Sekretär nicht verkneifen, «dass angesichts des kata-

strophalen Wetters jetzt halt der Katastrophen-Franz selber anpacken müsse». Die Einheimischen vertrösteten auf den nächsten Tag: Es komme bestimmt besser, man werde begeistert sein.

Die Bilder unten geben einen guten Eindruck davon, wie gut es kam: Das einzige noch sichtbare

Nichtweisse waren die eigenen Ski...

Unter den gegebenen Umständen verständigte sich die trotzdem vor allem abends kaum zu bremsende Sekretärensgruppe auf ein Motto, das bei jeder Gelegenheit lautstark kundgetan wurde.

Finden Sie heraus, wie dieses Motto gelautet haben

könnte. (Ein kleiner Tip: Fragen Sie Ihre Kantonalsekretärin oder Ihren Kantonalsekretär, vielleicht war er/sie ja dabei.) Die «Freisinn»-Redaktion – sie war dabei – freut sich auf Ihre kreativen Einfälle, zu gewinnen gibt es je ein Portefeuille und ein FDP-Foulard. ■



Die FDP-Sekretäre Alice Disch (GL), Ruedi Schläpfer (TG), Ursula Junker (SH)...



Ex-Sekretär und jetziger Kantonalparteipräsident Roman Messmer (AR), FDP-Sekretärin Christine Schmid und der vor Ort zuständige und organisierende Stefan Fryberg (UR): heiteres Nebelfahren. (Bilder Alain Mehmman, SG)

TERMINE

April

- 4. Presseverband
- 6. Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz
- 7. Delegiertenrat / o. Delegiertenversammlung
- 8. o. Delegiertenversammlung
- 7./8. Fraktionssitzung
- 28. Vorsektionale Fraktionssitzung

Mai

- 2.-5. Sondersession
- 4. Geschäftsleitung
- 6. Delegiertenversammlung
- FDP-Frauen
- 18. Bundesratsparteien-Gespräche
- 19. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 21. Eidg. Abstimmung
- 26./27. Vorsektionale Fraktionssitzung

Juni

- 5.-23. Sommersession (2. Wo: Di-Fr)
- 5. Groupe Latin

Talon

Ja, ich weiss, was das Motto des Ausflugs war:

« _____

 _____ »

Name/Vorname: _____

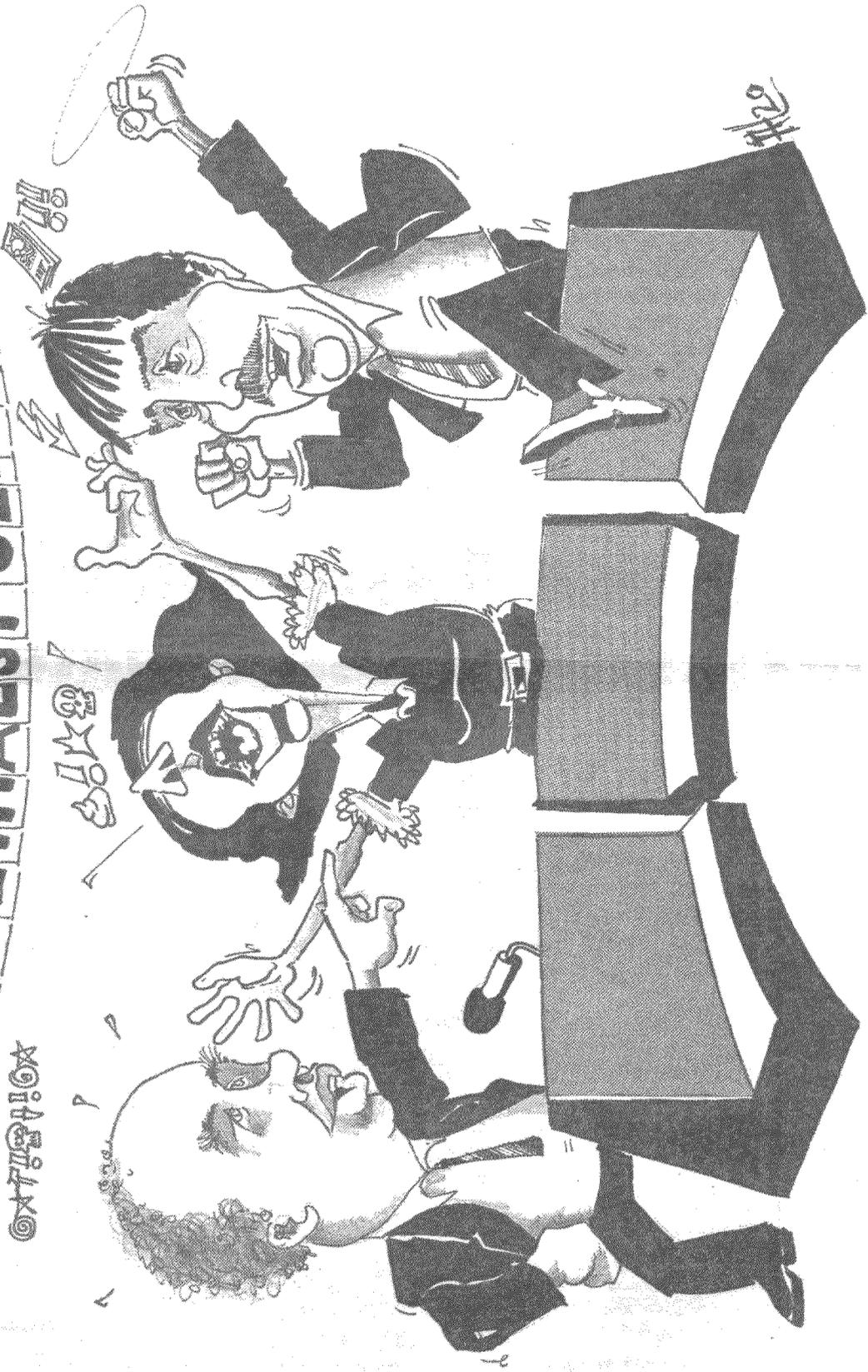
Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte einsenden/faxen/mailen an: FDP Schweiz, «Freisinn»-Wettbewerb, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

SCHREIHALSPOLITIK

© XTREME



Karikatur Andreas Töns

PARTEIEN-HICKHACK ◊ Position der FDP

Für ein Bündnis der bürgerlichen Erneuerung

Drei Parteien profilieren sich zurzeit auf ihre Weise: Die SP mit Gruppentherapien bis in den Oktober hinein, Teile der SVP mit historischem Blödsinn und AHV-Abbruchparolen, Teile der CVP mit der versuchten Versenkung der Solidaritätsstiftung. Quantitative Medienpräsenz scheint zur Richtschnur der schweizerischen Politik zu werden. Bleibt da noch Platz für Vernunft, für Realpolitik, für verantwortliches Handeln? Ich meine ja: Dazu braucht es aber eine engere Zusammenarbeit mit den lösungsorientierten Kräften innerhalb der CVP und der SVP.

VON FDP-GENERAL-
SEKRETÄR
JOHANNES MATYASSY,
MURI (BE)

In den letzten Wochen konnte man leicht auf den Gedanken kommen, in der Schweiz stünde schon wieder ein eidgenössischer Wahlgang bevor. Derart aktivistisch, unkonzentriert und marktschreierisch gebärden sich Teile der drei von vier Regierungsparteien. Die Möglichkeiten eines eher überrascht reagierenden Mediensystems werden extensiv genutzt, um mit provokanten Thesen, teilweise sogar Frechheiten «Themen zu besetzen». Dass solches getan wird um der quantitativen Aufmerksamkeit willen, ist nicht zwingend zu kritisieren. Jede Partei, jede politische Person wählt ihren Stil, muss dann aber auch mit dem dazugehörigen Image leben.

Politischer Markt für Verantwortung vorhanden

Ein grosser Teil der Aktivität dürfte auch im Zusammenhang mit kantonalen Wahlen gestanden sein oder

noch stehen. Gerade dort zeigt sich aber, dass es in der Schweiz wieder einen wachsenden Markt für die politische Verantwortung gibt: Es gibt Anzeichen dafür, dass mehr und mehr Schweizerinnen und Schweizer genug haben von der Schreihalspolitik. Die



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Es gibt Anzeichen dafür, dass mehr und mehr Schweizerinnen und Schweizer genug haben von der Schreihalspolitik.»

FDP St. Gallen überraschte alle mit dem Gewinn eines zusätzlichen, dritten Regierungssitzes im ersten Wahlgang. Die FDP Uri trotzte dem Trend der letzten Jahre und legte im Kantonsparlament zwei Sitze zu und verteidigte ihre zwei Regierungssitze. Die FDP Thurgau verteidigte ihren Regierungssitz souverän, der erste Wahlgang für den Regierungsratskandidaten der FDP Aargau lief vielversprechend. Im Freiburger Verfassungsrat konnte die FDP gegenüber der Stärke in der kantonalen Legislative klar zulegen, im Kanton Schwyz bestehen intakte Chancen zur Besetzung von zwei Regierungsratssitzen. Dies alles ist in erster Linie eine Leistung

der betreffenden Kantonalparteien und der ausgezeichneten Persönlichkeiten. Es ist aber auch Ausdruck des Vertrauens in die Kraft der bürgerlichen Erneuerung.

Mehr und mehr Unmut über Schreihalspolitik

Es mehren sich allerorten aber auch die Anzeichen von Unmut über die marktdominierende Schreihalspolitik. Es wird nicht von allen akzeptiert, dass der reine (vermeintliche) Marketingwert wichtiger sein soll als die lösungsorientierte Realpolitik, ja dass teilweise die politische Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt wird. Es ist deshalb angezeigt, dass sich die Kräfte der politischen Verantwortung enger vernetzen. Die FDP hat einen ersten Schritt dafür gemacht. Mit der Offenlegung der zwölf Prioritäten für die bürgerliche Erneuerung der Schweiz vor einem Monat hat der Freisinn – und zwar Partei und Fraktion – klar gesagt, wo er hin will. Die übrigen Regierungsparteien wurden daraufhin eingeladen, Stellung dazu zu nehmen.

Basis für engere Vernetzung besteht

Diese Prioritäten stellen die Position der FDP in dieser Legislatur dar. Die Umsetzung hat bereits begonnen: Die steuerpolitischen Vorschläge des Bundesrates liegen auf dieser Linie. Die FDP-Fraktion hat ein konkretes Massnahmenpaket für die Verkürzung der Asylverfahren auf maximal sechs Monate vorgelegt.

ZUM THEMA

Jede Partei, jede politische Person wählt ihren Stil, muss dann aber auch mit dem dazugehörigen Image leben.

Es ist deshalb angezeigt, dass sich die Kräfte der politischen Verantwortung enger vernetzen.

Mit der Offenlegung der zwölf Prioritäten für die bürgerliche Erneuerung der Schweiz vor einem Monat hat der Freisinn – und zwar Partei und Fraktion – klar gesagt, wo er hin will.

Die ersten Vorstösse für den Weg zur Informationsgesellschaft (Informatikermangel) wurden eingereicht. Für den sicherheitspolitischen Beitrag der Schweiz zur Migrationsverhinderung wurden erste Nägel im Parlament eingeschlagen. Solche Beispiele sind die Basis für die engere Vernetzung, auch mit nahestehenden Parlamentariern. In einer zweiten Phase könnte daraus ein Bündnis für eine lösungsorientierte Realpolitik und gegen die populistische Schreihalspolitik werden. Es bleibt zu hoffen, dass die vernünftigen Kräfte in den angesprochenen Parteien den aufrechten Gang nicht verlernt haben und zu einer solchen Zusammenarbeit Hand bieten.